

Heimvertrag

für das

DRK-Seniorenhaus Steinbach

(Stand: 25.05.2018)

Zwischen der

DRK-Nordrhein gGmbH

als Träger des DRK-Seniorenhauses Steinbach

vertreten durch Herrn Matthias Walbröl

nachstehend Einrichtung genannt

u n d

bisher wohnhaft in

nachstehend „Bewohnerin“/ „Bewohner“ genannt -

vertreten durch

./.

als Bevollmächtigter / Bevollmächtigte

wird mit Wirkung vom

folgender

H e i m v e r t r a g

geschlossen:

§ 1 Einrichtungsträger

- (1) Die DRK-Nordrhein gGmbH ist ein als gemeinnützig anerkannter Rechtsträger mit dem Sitz in Düsseldorf

Auf'm Hennekamp, 71, 40225 Düsseldorf

Seine Rechtsform ist eine gemeinnützige gGmbH.

- (2) Die Bewohnerin / der Bewohner respektiert die Grundrichtung und Konzeption der Einrichtung (siehe Anlage „Leitbild“). Diese liegt der Konzeption der Einrichtung zugrunde. Die Konzeption kann bei der Einrichtungsleitung eingesehen werden. Auf Wunsch wird ein Exemplar zur Verfügung gestellt.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- (1) Die vorvertraglichen Informationen der Einrichtung nach § 3 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBG) sind Vertragsgrundlage, dazu gehört insbesondere die Darstellung der Wohn- und Gebäudesituation, Konzeption, Entgelte und Pflege- und Betreuungsleistung sowie die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen.
- (2) Weitere Vertragsgrundlagen sind der Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW), die Vergütungsvereinbarung nach § 84 SGB XI sowie der Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI in der jeweils gültigen Fassung. Soweit sie diesem Vertrag nicht in der Anlage beigelegt sind, werden sie von der Einrichtung zur Verfügung gestellt.

§ 3 Leistungen der Einrichtung

- (1) Die Einrichtung erbringt der Bewohnerin/dem Bewohner folgende Leistungen:

Unterkunft im (Das Zimmer ist in der Anlage 1 beschrieben)

a) Größe: EZ ca. 24 qm / DZ ca. 30qm

ausgestattet mit: Einbauschränken, Pflegebett, Nachttisch, Tisch, Sessel, Hochlehner, Vorhängen und Gardinen, Telefonanschluss, Rufanlage, Badezimmer mit WC, Waschbecken, Dusche und Einbauschränken
Schwesternrufanlage, Telefonanschluss, TV-Anschluss

b) Verpflegung in folgendem Umfang:

- Normalkost: Frühstück
Mittagessen
Nachmittagskaffee

Abendessen
nach Bedarf Zwischenmahlzeiten

- Bei Bedarf: leichte Vollkost oder
Diätkost nach ärztlicher Anordnung

Eine detaillierte Übersicht der Verpflegungsleistungen ist in der Anlage 2 dargestellt
sowie eine ausreichende jederzeit erhältliche Getränkeversorgung
(Kaffee, Tee, Mineralwasser, Saft)

- c) Dem Pflegebedarf sowie dem Gesundheitszustand der Bewohnerin/des Bewohners entsprechende Pflege und Betreuung nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) einschließlich der Leistungen der medizinischen Behandlungspflege entsprechend dem Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW).

Bei Veränderungen des Pflegebedarfes passt die Einrichtung ihre Leistungen dem veränderten Bedarf an.

- d) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung der pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner, soweit die Pflegekassen hierfür einen Vergütungszuschlag zahlen.
 - e) Regelmäßige Reinigung des überlassenen Wohnraumes. Bitte beachten Sie, dass die Reinigung erheblich von der Anzahl der eingebrachten Gegenstände abhängig ist. Wir bitten um Verständnis, dass es hierdurch zu Einschränkungen in der Zimmerreinigung kommen kann.
 - g) Bei Bedarf Überlassung, Reinigung und Instandhaltung von Bettwäsche und Handtüchern; wir unterstützen ausdrücklich die Verwendung eigener Bettwäsche und Handtücher.
 - h) Bei Bedarf Waschen und Mangeln der maschinenwaschbaren persönlichen Bekleidung und Wäsche; (wir weisen darauf hin, dass es aufgrund des Einsatzes intensiver Waschmittel zu stärkerem Wäscheverschleiß kommen kann).
 - i) Haustechnik und Verwaltung (z.B. Barbetragsverwaltung, Ein- und Auszugshilfen usw.) im notwendigen Umfang.
 - j) Bereitstellung von Inkontinenzmitteln, soweit erforderlich und von der Krankenversicherung nicht zur Verfügung gestellt.
- (2) Die Gemeinschaftsräume und -einrichtungen stehen der Bewohnerin/dem Bewohner zur Mitbenutzung zur Verfügung.
- (3) Die Einrichtung übergibt der Bewohnerin / dem Bewohner folgende Schlüssel:
wenn gewünscht

Die Anfertigung weiterer Schlüssel darf nur die Einrichtungsleitung veranlassen.

Der Verlust von Schlüsseln ist umgehend der Einrichtungsleitung zu melden; die Ersatzbeschaffung erfolgt durch die Einrichtungsleitung, bei Verschulden der Bewohnerin / des Bewohners auf ihre / seine Kosten. Alle Schlüssel sind Eigentum der Einrichtung. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses im beiderseitigen Einvernehmen oder durch Kündigung hat die Bewohnerin/der Bewohner die Schlüssel vollzählig an die Einrichtungsleitung zurückzugeben.

- (4) Es gilt die freie Arzt- und Apothekenwahl, erforderlichenfalls ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner bei der Vermittlung dieser Leistungen behilflich.

§ 4 Zusatzleistungen gem. § 88 SGB XI

entfällt

§ 5 Sonstige Leistungen

entfällt

§ 6 Leistungsentgelt

- (1) Die Entgelte für die Leistungen gem. § 2 richten sich nach den mit den Kostenträgern (zuständigen Pflegekassen und Sozialhilfeträgern) getroffenen Vergütungsvereinbarungen.
- (2) Das Leistungsentgelt beträgt bei monatlicher Abrechnung im Rahmen dieses Vertrages pro Tag:

| | | |
|---|--------------|-----------------|
| Pflege im Sinne des § 43 SGB XI mit Pflegegrad 2 | tägl. | 45,86 € |
| Entgelt für Unterkunft | tägl. | 19,36 € |
| Entgelt für Verpflegung | tägl. | 14,91 € |
| Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen im Sinne des § 82 Abs. 3 SGB XI und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften * Betrag gilt vorläufig bis der endgültige Bescheid vorliegt | tägl. | 10,01 €* * |
| Einzelzimmer-Zuschlag | tägl. | 7,50 € |
| Umlagebetrag nach der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung (AltPflAusglVO) im Sinne von § 82 a Abs. 3 SGB XI | tägl. | 4,32 € |
| insgesamt | tägl. | 101,96 € |

Nachrichtlich: Als einrichtungseinheitlicher Eigenanteil im Sinne des SGB XI wurde 625,15 € je Monat (Basis 30,42 Tage) ermittelt; dieser Betrag ist kein Vergütungsbestandteil, sondern beziffert den von Ihnen zu leistenden, in allen Pflegegraden gleich hohen Zuzahlungsbetrag für das Entgelt für die Pflege nach Abs. 2 a).

Bei ärztlicher Verordnung fallen zusätzliche Kosten i.H.v. € 26,81 € monatlich an, soweit die Kosten nicht von der jeweiligen gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden.

Für die Leistungen der zusätzliche Betreuung und Aktivierung gem. § 3 Abs. 1 d) dieses Vertrages fallen zusätzliche Kosten in Höhe von 157,21 € monatlich an.

- (3) Wird die Bewohnerin/der Bewohner vollständig und dauerhaft durch Sondenernährung auf Kosten Dritter (z.B. Krankenversicherung) versorgt, verringert sich das Gesamtentgelt um die ersparten Aufwendungen, indem das Entgelt für die Verpflegung um ein Drittel gemindert wird.

§ 6a Vorübergehende Abwesenheit

(1) Soweit der Pflegeplatz aufgrund eines Aufenthaltes in einem Krankenhaus, in einer stationären Rehabilitationseinrichtung sowie wegen Urlaubs nicht in Anspruch genommen werden kann, ist er freizuhalten.

(2) Bei vorübergehender Abwesenheit wird grundsätzlich ein Leistungsentgelt nach Maßgabe des Rahmenvertrages gem. § 75 Abs. 1 SGB XI (Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege) NRW berechnet. Danach wird ab dem vierten Tag der ganztägigen Abwesenheit wegen Aufenthaltes in einem Krankenhaus, in einer stationären Rehabilitationseinrichtung sowie wegen Urlaubs ein verringertes Entgelt nach Abs. 3 berechnet. Innerhalb eines Kalenderjahres besteht Anspruch das verringerte Entgelt für bis zu 42 Tage. Bei Krankenhausaufenthalten und bei Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtungen verlängert sich der Abrechnungszeitraum für die Dauer dieser Aufenthalte.

Das Monatsentgelt wird ab dem vierten Abwesenheitstag für jeden Abwesenheitstag um 25 v.H. der täglichen Pflegevergütung (vgl. § 84 Abs. 1 SGB XI), der täglichen Entgelte für Unterkunft und Verpflegung sowie des Umlagebetrages nach der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung (AltPflAusglVO) gemindert. Für die ersten 3 Tage der ganztägigen Abwesenheit sind die ungekürzte Pflegevergütung, die ungekürzten Entgelte für Unterkunft und Verpflegung sowie der ungekürzte Umlagebetrag nach der AltPflAusglVO zu zahlen.

Das Entgelt für die betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen ist bei vorübergehender Abwesenheit in voller Höhe zu entrichten.

§ 7 Vertragsanpassung bei Änderung des Pflege- oder Betreuungsbedarfs

- (1) Ändert sich der Pflege- oder Betreuungsbedarf der Bewohnerin/des Bewohners bietet die Einrichtung eine entsprechende Anpassung der Leistungen an.
- (2) Die Einrichtung hat das Angebot zur Anpassung des Vertrages der Bewohnerin/dem Bewohner durch Gegenüberstellung der bisherigen und der angebotenen Leistungen sowie der dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte vorab schriftlich dar-

zustellen und zu begründen.

§ 8 Entgelterhöhung bei Änderung der Berechnungsgrundlage

- (1) Die Einrichtung kann die Zustimmung zur Erhöhung des Entgelts verlangen, wenn sich die bisherigen Berechnungsgrundlagen der Entgeltbestandteile gem. § 6 Abs. 2 dieses Vertrages verändern. Eine Erhöhung der Investitionsaufwendungen ist nur zulässig, soweit sie betriebsnotwendig und nicht durch öffentliche Förderung gedeckt ist.
- (2) Die Einrichtung hat der Bewohnerin/dem Bewohner die beabsichtigte Erhöhung des Entgeltes schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgelts verlangt. In der Begründung muss sie unter Angabe des Umlagemaßstabes die Positionen benennen, für die sich durch die veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben und die bisherigen Entgeltbestandteile den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenüberstellen. Die Bewohnerin/Der Bewohner schuldet das erhöhte Entgelt frühestens vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens. Die Bewohnerin/Der Bewohner muss rechtzeitig Gelegenheit erhalten, die Angaben der Einrichtung durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen

§ 9 Kündigung der Zusatz- und sonstigen Leistungen

entfällt

§ 10 Fälligkeit und Abrechnung

- (1) Die Leistungsentgelte sind jeweils im Voraus am Ersten eines Monats fällig; Abweichende Bestimmungen und Vereinbarungen mit Kostenträgern bleiben unberührt.
- (2) Bei Überweisung des Rechnungsbetrages erfolgt diese unter Angabe der Rechnungsnummer auf das Konto des Heimträgers

Konto-Nr. 71004527

BLZ: 30050000 Helaba Düsseldorf

BIC: WELADEDXXX

IBAN: DE18300500000071004527

- (3) Der Bewohner hat die Möglichkeit, am Lastschriftinzugsverfahren teilzunehmen. Sofern von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird, ist die Einzugsermächtigung (Anlage 3 des Heimvertrages) auszufüllen.

Diese Einzugsvollmacht kann vom Bewohner jederzeit widerrufen werden.

- (4) Ergibt sich aufgrund der Abrechnung eine Differenz gegenüber dem nach Absatz 1 in Rechnung gestellten Leistungsentgelt, so ist spätestens mit der nächstfälligen Zahlung ein Ausgleich herbeizuführen. Die Aufrechnung anderer Forderungen ist nur zulässig, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- (5) Soweit Entgelte von öffentlichen Kostenträgern übernommen werden, wird mit diesen abgerechnet. Die Bewohnerin/Der Bewohner wird über die Höhe des übernommenen Anteils informiert.

§ 11 Mitwirkungspflichten

Die Bewohnerin/Der Bewohner ist zur Vermeidung von ansonsten möglicherweise entstehenden rechtlichen und finanziellen Nachteilen gehalten, die erforderlichen Anträge zu stellen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen (z.B. für Leistungen nach SGB XI, SGB XII und Pflegegeld in NW). Bei fehlender oder falscher Information der Einrichtung oder der Kostenträger drohen der Bewohnerin/dem Bewohner ansonsten Regresse.

§ 12 Eingebachte Sachen

- (1) Im Einvernehmen mit der Einrichtungsleitung kann die Bewohnerin/der Bewohner Möbel und andere Einrichtungsgegenstände in ihr / sein Zimmer einbringen. Die von der Bewohnerin/dem Bewohner eingebrachten elektrischen Geräte werden auf ihre/seine Kosten in der Regel einmal jährlich durch die Einrichtung bzw. auf deren Veranlassung gewartet. Solche Geräte, die nicht verkehrssicher sind, dürfen nicht betrieben werden.
- (2) Persönliche Gegenstände der Bewohnerin/des Bewohners können außerhalb der zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten nur aufgrund einer besonderen Vereinbarung untergebracht werden.

§ 13 Tierhaltung

Die Haltung von Kleintieren ist möglich. Sie bedarf der Zustimmung der Einrichtungsleitung.

§ 14 Haftung

- (1) Bewohnerin/Bewohner und Einrichtung haften einander für Sachschäden im Rahmen dieses Vertrages nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Die Haftung für Sachschäden aufgrund einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten bleibt unberührt. Im Übrigen bleibt es der Bewohnerin/dem

Bewohner überlassen, eine Sachversicherung (Hausratversicherung und / oder Haftpflichtversicherung) abzuschließen.

- (2) Für Personenschäden wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehaftet. Das gilt auch für sonstige Schäden.

§ 15 Datenschutz

- (1) Die Mitarbeiter /die Mitarbeiterinnen der Einrichtung sind zur Verschwiegenheit sowie zur Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen verpflichtet.

- (2) Soweit es gesetzlich erlaubt oder angeordnet oder für die Erfüllung dieses Vertrags erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten, insbesondere auch Gesundheitsdaten, der Bewohnerin/des Bewohners durch die Einrichtung verarbeitet werden. Für jede darüber hinausgehende Verarbeitung der personenbezogenen Daten bedarf es der Einwilligung der Bewohnerin/des Bewohners (siehe Anlagen 5 ff).

- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner hat das Recht auf Information und Auskunft, welche Daten über sie/ihn auf welcher Rechtsgrundlage zu welchem Zweck verarbeitet werden. Darüber hinaus besteht im Rahmen der geltenden Datenschutzbestimmungen insbesondere ein Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, ein Recht auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungsvorgänge sowie ein Recht auf Beschwerde (siehe Anlagen 5 ff / Datenschutzinformation).

§ 16 Recht auf Beratung und Beschwerde

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat das Recht, sich bei der Einrichtung und den in der Anlage 3 genannten Stellen beraten zu lassen und sich dort über Mängel bei Erbringung der im Vertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.
- (2) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat Anspruch darauf, dass die Einrichtung das von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW für ihre Mitglieder in einer Selbstverpflichtung festgelegte interne und externe Beschwerdemanagement gewährleistet. Die Selbstverpflichtungserklärung ist Bestandteil dieses Vertrages und als Anlage 6 beigelegt.
- (3) Die Rechte nach § 10 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) in Hinblick auf die Kürzung des Entgeltes bei Nicht- oder Schlechtleistung bleiben unberührt.

§ 17 Besondere Regelungen für den Todesfall

- (1) Im Falle des Todes der Bewohnerin/des Bewohners sind zu benachrichtigen:
(gegebenenfalls bitte ändern)

1. Herr/Frau

.....
(Telefon, Telefax und e-mail)

2. Herr/Frau

.....
(Telefon, Telefax und e-mail)

- (2) Die Einrichtung stellt den Nachlass, soweit möglich, durch räumlichen Verschluss sicher.

Unbeschadet einer etwaigen letztwilligen Verfügung oder der gesetzlichen Erbfolge soll der Besitz der Bewohnerin/des Bewohners an

Herrn/Frau

.....
.....

oder im Verhinderungsfalle an

.....

in

.....

ausgehändigt werden.

- (3)
.....

§ 18 Beendigung des Vertragsverhältnisses

- (1) Der Vertrag kann im beiderseitigen Einvernehmen oder durch Kündigung eines Vertragspartners beendet werden. Im Übrigen endet das Vertragsverhältnis mit dem Tod der Bewohnerin/des Bewohners.
- (2) Mit Beendigung des Vertrages ist das Zimmer geräumt an die Einrichtung zu übergeben.

§ 19 Kündigung durch die Bewohnerin/den Bewohner

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner kann den Vertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Bei einer Erhöhung des Entgeltes ist eine Kündigung jederzeit zum Zeitpunkt möglich, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgeltes verlangt.
- (2) Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Vertragsverhältnisses kann die Bewohnerin/der Bewohner jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Wird der Bewohnerin/dem Bewohner erst nach Beginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrages ausgehändigt, kann die Bewohnerin/der Bewohner auch noch bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.
- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Vertrag aus wichtigem Grund jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr/ihm die Fortsetzung des Vertrages bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.

§ 20 Kündigung durch die Einrichtung

- (1) Die Einrichtung kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 1. die Einrichtung den Betrieb einstellt, wesentlich einschränkt oder in seiner Art verändert und die Fortsetzung des Vertrags für die Einrichtung eine unzumutbare Härte bedeuten würde,
 2. die Einrichtung eine fachgerechte Pflege- oder Betreuungsleistung nicht erbringen kann, weil
 - a. die Bewohnerin/der Bewohner eine von der Einrichtung angebotene Anpassung der Leistungen nach § 7 Abs. 1 nicht annimmt oder
 - b. die Einrichtung eine Anpassung der Leistungen aufgrund eines Ausschlusses nach § 8 Abs. 4 WBVG nicht anbietetund ihr deshalb ein Festhalten an dem Vertrag nicht zumutbar ist,
 3. die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Einrichtung die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann; oder
 4. die Bewohnerin/der Bewohner
 - a) für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist oder

- b) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

Die Kündigung des Vertrages zum Zwecke der Erhöhung des Entgelts ist ausgeschlossen.

- (2) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 a nur kündigen, wenn sie zuvor der Bewohnerin/dem Bewohner gegenüber ihr Angebot nach § 7 Abs. 1 unter Bestimmung einer angemessenen Annahmefrist und unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erneuert hat und der Kündigungsgrund durch eine Annahme der Bewohnerin/des Bewohners nicht entfallen ist.
- (3) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 nur kündigen, wenn sie zuvor dem Bewohner unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erfolglos eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat. Ist die Bewohnerin/der Bewohner in den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 mit der Entrichtung des Entgelts in Rückstand geraten, ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn die Einrichtung vorher befriedigt wird. Die Kündigung wird unwirksam, wenn die Einrichtung bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgelts die Einrichtung befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.
- (4) In den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 - 4 kann die Einrichtung den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Im Übrigen ist eine Kündigung bis zum dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des nächsten Monats zulässig.

§ 21 Nachweis von Leistungersatz und Übernahme der Umzugskosten

- (1) Hat die Bewohnerin/der Bewohner nach § 17 Abs. 3 aufgrund eines von der Einrichtung zu vertretenden Kündigungsgrundes gekündigt, ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner auf dessen Verlangen zum Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen und zur Übernahme der Umzugskosten in angemessenem Umfang verpflichtet. § 115 Abs. 4 SGB XI bleibt unberührt.
- (2) Hat die Einrichtung nach § 18 Abs. 1 Satz 1 aus den Gründen des § 18 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 gekündigt, so hat sie der Bewohnerin/dem Bewohner auf deren/dessen Verlangen einen angemessenen Leistungersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen. Die Einrichtung hat auch die Kosten des Umzugs in angemessenem Umfang zu tragen.
- (4) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen nach Abs. 1 auch dann verlangen, wenn sie/er noch nicht gekündigt hat.

Bonn, den

Für die Einrichtung

Bewohnerin/Bewohner (ggf. rechtliche Betreuerin oder rechtlicher Betreuer/ Bevollmächtigte oder Bevollmächtigter)

Anlage 1:

Leistungsbeschreibung für die Unterkunft

Dem Bewohner wird das Zimmer zur Verfügung gestellt.

Es handelt sich um ein:

Das Zimmer ist ausgestattet mit:

- ⊗ Einbauschränken
- ⊗ elektr. verstellbarem Pflegebett
- ⊗ Vorhängen und Gardinen
- ⊗ Lampen
- ⊗ Nachttisch
- ⊗ Tisch
- ⊗ Sessel
- ⊗ Stuhl
- ⊗ Bad mit Dusche, WC, Waschbecken, Einbauschränken

Dem Bewohner stehen folgende gemeinschaftlich benutzbaren Räumlichkeiten, Einrichtungen und Geräte zur Mitbenutzung zur Verfügung:

⊗ Aufenthalts- und Speisebereich

⊗ Aufzüge

⊗ Außenanlagen

⊗ Veranstaltungsraum

⊗ Park

⊗ Antennenanlage

Wohnnebenkosten (im Pflegesatz enthalten):

01. laufende öffentliche Lasten des Grundstücks (z.B. Grundsteuer)
02. Kaltwasserversorgung
03. Warmwasserversorgung
04. Entwässerung
05. Heizungskosten (z. B. Brennstoff, Betriebsstrom, Wartung, Immissionsmessungen, Wärmemessung)
06. Aufzugkosten
07. Straßenreinigung
08. Müllabfuhr
09. Allgemeinstrom (z.B. Gemeinschaftsräume, Flure, Treppenhaus, Außenanlagen)
10. Hausreinigung
11. Gartenpflege
12. Schornsteinreinigung
13. Sach- und Haftpflichtversicherungen
14. Betriebskosten der Antennenanlage

Hausmeisterservice:

1. Reinigung verstopfter Abflüsse
2. Wartung und Instandhaltung des hausinternen Inventars und der technischen Anlagen

Reinigungsservice:

Reinigung der Wohneinheit erfolgt nach Bedarf.

Anlage 2:

Leistungsbeschreibung für die Verpflegung

Die Verpflegung besteht aus:

- ⊗ 3 Mahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen)
- ⊗ zusätzlich nachmittags Kaffee/Tee mit Gebäck
- ⊗ Gebäck/Kuchen (2 mal wöchentlich)
- ⊗ zusätzlich nach dem Abendessen eine Spätmahlzeit (nach Bedarf)
- ⊗ Diätkost (nach ärztlicher Anordnung)
- ⊗ Schonkost
- ⊗ vegetarische Kost
- ⊗ Sonderkostformen (nach ärztlicher Anordnung)
- ⊗ Zwischenmahlzeit (bei Bedarf)

Das Frühstück besteht aus einem Tischservice mit Kaltverpflegung.

Das Mittagessen besteht in der Regel aus zwei Menüs zur Wahl, bestehend aus Vorspeise, Hauptgericht, Nachspeise, zusätzlich wird Obst nach Jahreszeit angeboten.

Das Abendessen besteht aus einem Tischservice mit warmen oder kalten Komponenten.

Getränke werden während den Mahlzeiten (nach Bedarf) unter Berücksichtigung des erhöhten Flüssigkeitsbedarfs in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt. Bewohner, die Anspruch auf Leistungen nach SGB XI haben, erhalten Mineralwasser kostenlos zur Verfügung gestellt.

Der Speiseplan wird wöchentlich im Voraus bekannt gegeben.

Die Zeiten der Mahlzeiten werden vom Heimträger im Einvernehmen mit dem Heimbeirat festgelegt und bekannt gemacht.

Anlage 3:
Einzugsermächtigung mit SEPA-Lastschriftmandat

Frau / Herr

Zuname, Vorname des Bewohners

vertreten durch den Bevollmächtigten

Zuname, Vorname des Bevollmächtigten

ermächtigt den Heimträger

DRK Nordrhein gGmbH, Seniorenhaus Steinbach Bonn
Rüdigerstr. 92, 53179 Bonn

Gläubigeridentifikationsnummer: DE14ZZZ00001517961

Mandatsreferenz: _____

widerruflich, Zahlungen bei Fälligkeit von dem Konto

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

BIC: _____

Kontonummer: _____

IBAN: _____

einziehen.

Er ermächtigt den Heimträger auch, Zahlungen von seinem oben benannten Konto künftig mittels Lastschrift im SEPA-Verfahren einzuziehen. Zugleich weist er sein Kreditinstitut an, die von dem Heimträger auf seinem Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Lastschrift wird der Heimträger den Bewohner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Ort, Datum

Unterschrift des Bewohners bzw.
Bevollmächtigten

Anlage 4

Recht auf Beratung und Beschwerde

- Wenn Sie Beratung brauchen oder Beschwerden haben, können Sie sich wenden an:
Frau Doina Breca, Pflegedienstleitung, Büro in der Verwaltung,
Haustelefonnummer 113
oder an
Frau Irina Suchan, Sozialdienstleitung, Büro in der Verwaltung,
Haustelefonnummer 112
- Selbstverständlich haben Sie auch die Möglichkeit, Ihre Beratungswünsche und Beschwerden unmittelbar an den Träger der Einrichtung zu richten.
Dieser ist unter folgender Anschrift zu erreichen:
DRK Nordrhein gGmbH
Herr Böning, Auf'm Hennekamp 71, 40225 Düsseldorf, Tel. 0221-3104-209
- Sie können Ihre Beratungswünsche oder Beschwerden auch an den Beirat als Vertretungsorgan der Bewohner richten (siehe interner Aushang).
- Nachfolgend sind einige Anschriften und Telefonnummern von Institutionen aufgeführt, an die Sie sich auch wenden können:
 1. Zuständiger Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege:
DRK Generalsekretariat, Carstenstr. 58, 12205 Berlin
Tel. 030-85404-0, Fax. 030-85404-486
 2. Zuständige Behörde nach WTG (Heimaufsicht)
Bundesstadt Bonn, Amt für Soziales und Wohnen, Heimaufsicht
Hans-Böckler Str 5, 53225 Bonn
Tel.: 0228/774988 Fax: 0228/774957

Zuständiger Sozialhilfeträger:
Bundesstadt Bonn, Amt für Soziales und Wohnen
Hans-Böckler-Str. 5, 53225 Bonn
Tel.: 0228-770 Fax: 0228/772879
 3. Anschrift der örtlichen Verbraucherberatung:
Verbraucher-Zentrale NRW
Thomas-Mann-Str. 2, 53111 Bonn
Tel.: 0228-9766934

Verbraucherzentrale in NRW
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf,
Tel.: 0211/3809-0, Fax: 0211/3809-172.
 4. Medizinische Dienst der Krankenkasse Nordrhein (gesetzlich Krankenversicherte)
Cäcilienkloster 6, 50676 Köln, Tel. 0221-6065-180

Verband der Privaten Krankenversicherung
Gustav-Heinemann-Ufer 74c, 50968 Köln, Tel. 0221-9987-2910

5. Anschrift der Kranken- und Pflegekasse der Bewohnerin/des Bewohners:

.....
Name, Anschrift und Telefon-/Fax-Nr.

6. Ombudspersonen der Bundesstadt Bonn:

Frau Bärbel Makowsky-Rohe, mobil: 0176/42115031; Mail: bmarohe@gmail.com

Herr Laurenz Mülheims, mobil: 0152/07473375; Festnetz: 02242/894500

Mail: Laurenz.Muelheims@h-brs.de oder laurenz.muelheims@dguv.de

Anlage 5

Bewohner/in: *..

Einwilligung zur Datenverarbeitung **zu Versorgungszwecken**

Ich, , bin damit einverstanden, dass das DRK - Seniorenhaus Steinbach folgende meiner personenbezogenen Daten, die auch besondere Kategorien personenbezogener Daten, hier Gesundheitsdaten, umfassen, wie folgt verarbeitet:

1. Verarbeitung von Biographischen Daten

Die biographischen Daten, insbesondere Lebensgeschichte, Gewohnheiten, besondere Fähigkeiten, Abneigungen und Tabus dürfen von der Einrichtung erhoben, erfasst, gespeichert, angepasst oder verändert und verwendet werden zum Zweck der fachgerechten Pflege- und Betreuung, insbesondere um meine Ressourcen, Wünsche und Bedürfnisse besser verstehen, die Beziehung zwischen mir und den Pflege- und Betreuungspersonen verbessern und mich ganzheitlich durch das Wissen um meine Lebenserfahrungen versorgen zu können.

2. Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte

- Meine behandelnden Ärzte dürfen Einblick in die Pflege- und Betreuungsdokumentation und andere Arztberichte inkl. Diagnosen und Befunde und deren Aktualisierung sowie in die Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung (soweit vorhanden) zum Zweck der ganzheitlichen gesundheitlichen Versorgung erhalten.
- Meine Therapeuten, Logopäden, Physiotherapeuten, Podologen etc. dürfen Beobachtungsdaten aus dem Pflegebericht und deren Aktualisierung zum Zweck der ganzheitlichen therapeutischen Behandlung mündlich mitgeteilt werden.
- Die Krankenhäuser/Rehabilitations-Einrichtungen, in denen ich behandelt werde oder werden soll, dürfen so genannte Pflegeüberleitungsbögen mit den erforderlichen Informationen, wie Patientenstammdaten, Diagnosen (Haupt- und Nebendiagnosen) einschließlich Infektionen oder Besiedelungen durch multiresistente Erreger, Anamnese, Diagnostik, Therapien inkl. Prozeduren, Medikationsplan und Verordnungen sowie die Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung in Kopie (soweit vorhanden) zum Zweck der nahtlosen gesundheitlichen Versorgung erhalten.
- Der Medizinische Dienst der Krankenkassen darf Einsicht in die Pflege- und Betreuungsdokumentation und deren Aktualisierung zum Zweck der Begutachtung des Grades der Pflegebedürftigkeit erhalten.
- Der zuständige Sozialhilfe- bzw. Eingliederungshilfeträger darf im Einzelfall notwendige Auszüge aus der Pflege- und Betreuungsdokumentation zum Zweck der Prüfung der Leistungsgewährung erhalten.

- (weitere Dritte / Datenarten / Zweck nennen)
- Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Verarbeitung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt. Ferner, dass ich meine Einwilligung verweigern bzw. jederzeit ohne Angaben von Gründen mit Wirkung für die Zukunft in Textform widerrufen kann. Im Fall des Widerrufs können unter Umständen Einschränkungen in der Versorgung bzw. finanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleistungsträgers) entstehen.

Den Widerruf kann ich entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax an den Vertragspartner übermitteln. Es entstehen mir dabei keine anderen Kosten als die Portokosten bzw. die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen.

Meine Widerrufserklärung ist zu richten an: DRK-Seniorenhaus Steinbach, Rüdigerstr. 92, 53179 Bonn.

Ich hatte Gelegenheit, Fragen zum Datenschutz zu stellen. Sofern ich Fragen hatte, wurden diese vollständig und umfassend beantwortet.

Weitere Informationen zum Datenschutz sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind zu finden unter: www.drk-seniorenhaus-steinbach.de

Oder direkt an:

Deutsches Rotes Kreuz Nordrhein gGmbH

Datenschutzbeauftragter

Auf'm Hennekamp 71, 40225 Düsseldorf, Tel.: +49 211 3104 0

E-Mail: [datenschutz\(at\)drk-nordrhein.de](mailto:datenschutz(at)drk-nordrhein.de)

Website: www.drk-nordrhein-ggmbh.de

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift Bewohnerin/Bewohner)

ggf. falls vorhanden:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift rechtliche Betreuerin/rechtlicher
Betreuer oder Bevollmächtigte/
Bevollmächtigter)

Anlage 6

Bewohner/in: *..

Einwilligung zur Übermittlung des Pflegegutachtens und der jeweils aktuellen Pflegebescheide

Ich, , bin einverstanden, dass
die Pflegekasse.....
das erstellte Pflegegutachten (inkl. der entsprechenden Angaben zum vorliegenden
Pflegegrad und zum Rehabilitationsbedarf) als auch den aktuellen Bescheid der Pflege-
kasse zum Zwecke der Erbringung von Pflege- und Betreuungsleistungen und der Ab-
rechnung der erbrachten Leistungen

an die Leitung der Einrichtung DRK – Seniorenhaus Steinbach, Rüdigerstr. 92,53179
Bonn

☐ in der ich mich unbefristet seit dem _____ bzw.
☐ für den Zeitraum von _____ bis _____ befunden habe,
übermittelt.

Sofern es sich um einen unbefristeten Aufenthalt handelt, sollen die jeweils aktuellen
Bescheide übermittelt werden.

Hierbei kann es sich sowohl um eine Erstbegutachtung als auch das Ergebnis eines
Höherstufungsantrags handeln.

Zum Höherstufungsantrag: Letzter Antrag vom _____
Erstbegutachtung: Antrag vom _____

Der Leistungsbescheid soll darüber hinaus auch an die Stelle übersandt werden, die die
Abrechnung meiner Pflege- und Betreuungsleistungen vornimmt.

Dies ist
Frau/Herrn _____
DLZ _____
Adresse: _____

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die für Pflege- und Betreuungsleistungen
sowie die damit verbundene Abrechnung erforderlichen Daten und Befunde aus dem
Pflegegutachten und den Bescheiden von der Einrichtung für die Zwecke der zu erbrin-
genden Leistungen verarbeiten werden.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Verarbeitung meiner Daten auf freiwilliger
Basis erfolgt. Ferner, dass ich meine Einwilligung verweigern bzw. jederzeit ohne An-
gaben von Gründen mit Wirkung für die Zukunft in Textform widerrufen kann. Im Fall
des Widerrufs können unter Umständen Einschränkungen in der Versorgung bzw. fi-
nanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleis-
tungsträgers) entstehen.

Den Widerruf kann ich entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax an den Vertragspartner übermitteln. Es entstehen mir dabei keine anderen Kosten als die Portokosten bzw. die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen.

Meine Widerrufserklärung ist zu richten an:

DRK-Seniorenhaus Steinbach
Rüdigerstr. 92
53179 Bonn

Ich hatte Gelegenheit, Fragen zum Datenschutz zu stellen. Sofern ich Fragen hatte, wurden diese vollständig und umfassend beantwortet.

Weitere Informationen zum Datenschutz sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind zu finden unter: www.drk-nordrhein.de

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift Bewohnerin/Bewohner)

ggf. falls vorhanden:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift rechtliche Betreuerin/rechtlicher
Betreuer oder Bevollmächtigte/
Bevollmächtigter)

Anlage 7

Bewohner/in: *..

Einwilligung zur Datenweitergabe zu Abrechnungszwecken

Ich, , bin damit einverstanden, dass das DRK-Seniorenhaus Steinbach alle zur Abrechnung der mir gegenüber erbrachten Leistungen erforderlichen Daten der Versorgung, insbesondere Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, letzter Wohnort, Angehörige / Betreuer ggfls. mit Wirkungskreisen, Beginn und Ende der Versorgung, Art und Häufigkeit der Versorgung, Versicherungsnummer, Pflegegrad, Aktenzeichen - auch soweit es sich um besondere personenbezogene Daten inkl. Gesundheitsdaten handelt

zum Zweck der Abrechnung

an folgende Personen bzw. Institutionen weitergibt:

_____ (genaue Bezeichnung der externen Abrechnungsstelle)

Sozialhilfeträger _____

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Verarbeitung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt. Ferner, dass ich meine Einwilligung verweigern bzw. jederzeit ohne Angaben von Gründen mit Wirkung für die Zukunft in Textform widerrufen kann. Im Fall des Widerrufs können unter Umständen Einschränkungen in der Versorgung bzw. finanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleistungsträgers) entstehen.

Den Widerruf kann ich entweder postalisch, per E-Mail oder per Fax an den Vertragspartner übermitteln. Es entstehen mir dabei keine anderen Kosten als die Portokosten bzw. die Übermittlungskosten nach den bestehenden Basistarifen.

Meine Widerrufserklärung ist zu richten an: DRK-Seniorenhaus Steinbach, Rüdigerstr. 92, 5379 Bonn

Ich hatte Gelegenheit, Fragen zum Datenschutz zu stellen. Sofern ich Fragen hatte, wurden diese vollständig und umfassend beantwortet.

Weitere Informationen zum Datenschutz sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind zu finden unter: www.drk-seniorenhaus-steinbach.de (s.o.)

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift Bewohnerin/Bewohner)

ggf. falls vorhanden:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift rechtliche Betreuerin/rechtlicher Betreuer oder Bevollmächtigte/Bevollmächtigter)

Anlage 8

Bewohner/in: *..

Datenschutz- Information für stationäre/teilstationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste der Pflege

Information zur Verarbeitung von Daten in der Pflege

1) Datenverarbeitung in der Einrichtung /des Dienstes

Zur Erfüllung des Vertrages und gesetzlicher Verpflichtungen müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Dieser Vertrag, Spezialvorschriften des Sozialgesetzbuches, das Datenschutzrecht (Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie die Sozialdatenschutzregelungen) und – sofern vorhanden – die individuelle Leistungsvereinbarung und Vereinbarungen mit den zuständigen Trägern der Sozialhilfe ermächtigen dazu. Die Vorschriften des Datenschutzes (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) i. V. m. Art. 9 Abs. 2 Buchst. h) und Absatz 3 DSGVO und Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO) finden Beachtung. Eine Weitergabe (Übermittlung) anvertrauter oder gespeicherter Daten bedarf immer der Einwilligung der Bewohnerin/des Bewohners bzw. der Klientin/des Klienten, sofern nicht eine Rechtsvorschrift die Übermittlung zulässt oder vorschreibt oder sofern die Daten für die Übermittlung nicht anonymisiert wurden.

Verarbeitet werden dabei die nachfolgenden personenbezogenen Daten:

- Stammdaten
 - Arztberichte inkl. Diagnosen und Befunde
 - Anamnese-Dokumentation
 - Pflegeplanung
1. Pflegeprobleme
 2. Ressourcen
 3. Pflegeziele
 4. Pflegemaßnahmen (körperbezogene Pflegemaßnahmen, pflegerische Betreuungsmaßnahmen, Hilfen bei der Haushaltsführung, , Entlastungsleistungen, ärztlich verordnete häusliche Krankenpflege , Psychosoziale Betreuung)
- Pflegedokumentation und -bericht
 - Leistungs- und Tätigkeitsnachweise der Pflege
 - Pflegeberichte
 - Leistungs- und Tätigkeitsnachweise medizinischer, therapeutischer und psychosozialer Betreuung
 - Einfuhr-/Ausfuhr-Bilanz bei Bedarf
 - Mobilisations- und Lagerungs-Pläne/Protokolle bei Bedarf
 - Dokumentation zu allen erforderlichen Prophylaxen, z.B. Dekubitus, Sturz, Kontrakturen, inkl. Beratungsprotokolle
 - Wunddokumentation (Nortonskala/Wunddokumentation)
 - Sturzdokumentation (Sturzskala/Sturzprotokolle)
 - Dokumentation freiheitsentziehender Maßnahmen inkl. Genehmigung

- Evaluation des Pflegeprozesses incl. Auswertung / Darstellung
- Auswertung/Übersicht des Pflegeprozesses

2) Übermittlung von Daten an Dritte auf gesetzlicher Grundlage (Weitergabe und Einsichtnahme)

Insbesondere die Gesundheitsdaten unterliegen der Geheimhaltungspflicht und dürfen ohne Einwilligung ausschließlich auf Grundlage eines Gesetzes, das die Übermittlung an Dritte gestattet, weitergegeben oder eingesehen werden. Regelhaft werden Daten in folgenden Zusammenhängen an Dritte übermittelt (insbesondere an Kranken- und Pflegekassen, bei Sozialhilfeempfängern an Sozialhilfeträger) oder in der Einrichtung eingesehen (insbesondere vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung und der Heimaufsicht):

- Bei der Abrechnung von Leistungen an die Pflegekasse (§§ 93, 94, 104, 105 SGB XI), die Krankenkassen (§§ 284, 302 SGB V) und gegebenenfalls an den Sozialhilfeträger (§§ 67 ff SGB X)
- Für Abrechnungsprüfungen werden Daten durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung dem Prüfdienst der Privaten Krankenversicherung oder von den Landesverbänden der Pflegekassen bestellte Sachverständige (§§ 276, 284 SGB V, §§ 93, 97, 97a, 114 SGB XI) eingesehen und falls erforderlich an diese übermittelt.
- Für die Prüfung des ordnungsgemäßen Betriebs der Einrichtung werden durch die Heimaufsicht Daten in der Einrichtung eingesehen und falls erforderlich an diese übermittelt (§§ 14 WTG NRW (Wohn- und Teilhabegesetz NRW) in Verbindung mit § 24 WTG DVO NRW)

3) Recht auf Information und Auskunft

Es besteht nach Art. 13, 15 DSGVO die Möglichkeit Auskunft über die in der Einrichtung gespeicherten personenbezogenen Daten geordnet nach Kategorien einschließlich der Verarbeitungszwecke, der Empfänger und die geplante Dauer der Speicherung zu erhalten. Dabei ist auch auf die nachfolgend unter 5. bis 10. dargestellten Rechte hinzuweisen.

Ein Recht auf Einsicht in die Pflegeplanung einschließlich der Aufzeichnung über die Umsetzung besteht auch gemäß § 6 Abs.1, Nr.5 WTG NRW

4) Recht auf Berichtigung

Unrichtige personenbezogene Daten werden gemäß Art. 16 DSGVO jederzeit berichtigt oder vervollständigt.

5) Recht auf Löschung, Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Wenn keine rechtliche Verpflichtung zur Aufbewahrung mehr besteht oder eine Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist, kann gemäß Art. 17 DSGVO deren Löschung verlangt werden.

Soweit Leistungen der Behandlungspflege erbracht werden, ist eine Aufbewahrungspflicht von 10 Jahren zu beachten (§ 630f Absatz 3 BGB). Aus handelsrechtlichen Vorschriften kann sich eine Aufbewahrungspflicht von Belegen von 6 oder 10 Jahren ergeben (§ 257 HGB). Darüber hinaus kann im Einzelfall nach den Vorschriften des Zivilrechts eine Aufbewahrung von bis zu 30 Jahren erforderlich sein (§ 197 BGB).

6) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß Art. 18 DSGVO kann unter bestimmten Voraussetzungen die weitere Verarbeitung von personenbezogenen Daten beschränkt beziehungsweise auf bestimmte Zwecke eingegrenzt werden. Die Daten werden gut geschützt und vor Zugriff gesichert aufbewahrt.

7) Recht auf Datenübertragung

Auf ausdrückliches Verlangen können gemäß Art. 20 DSGVO vom Bewohner/von der Bewohnerin bzw. vom Gast/ von der Kundin/dem Kunden bereitgestellte und automatisiert verarbeitete, personenbezogene Daten in einem gängigen Format zur Verfügung gestellt oder auf Wunsch an einen Dritten weitergegeben werden (z. Bsp. bei einem Wechsel der Pflegeeinrichtung).

8) Widerspruchsrecht

Unter den Voraussetzungen von Art. 21 DSGVO ist die Datenverarbeitung durch die Einrichtung im Falle eines Widerspruches zu unterlassen.

9) Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Datenverarbeitungen der Einrichtung können mittels Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde beanstandet werden.

Zuständige Behörde nach WTG (Heimaufsicht)
Bundesstadt Bonn, Amt für Soziales und Wohnen, Heimaufsicht
Hans-Böckler Str 5, 53225 Bonn
Tel.: 0228/774988 Fax: 0228/774957

10) verantwortliche Stelle, betriebliche(r) Datenschutzbeauftragte(r)

Die für den Datenschutz verantwortliche Stelle der Einrichtung erreichen Sie unter:

Name: Frank Markowski, DRK Landesverband Nordrhein e. V., Auf´m Hennekamp 71, 40225 Düsseldorf

per Mail: F.Markowski@drk-nordrhein.de

per Telefon: 0211-3104 - 215

Unseren Datenschutzbeauftragte/n erreichen Sie unter der Postadresse der Einrichtung mit dem Zusatz „z. H. des betriebliche(n) Datenschutzbeauftragte(n)“ sowie unter:

per Mail: F.Markowski@drk-nordrhein.de

per Telefon: 0211-3104 - 215

11) optional: Hinweis auf Auftragsdatenverarbeitung

Wir weisen darauf hin, dass externe Dienstleister mit Datenverarbeitungsvorgängen beauftragt wurden. Der externe Dienstleister gewährleistet die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften für die Auftragsdatenverarbeitung gemäß Art 28 DSGVO.

Zur Kenntnis genommen:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift Bewohnerin/Bewohner)

ggf. falls vorhanden:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift rechtliche Betreuerin/rechtlicher
Betreuer oder Bevollmächtigte/
Bevollmächtigter)

Anlage 9

Zusatzvereinbarung zu § 15 Abs. 1 Heimvertrag für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in der Fassung von 03/2010

Zwischen dem **DRK Nordrhein gGmbH**

als Träger des DRK-Seniorenhaus Steinbach, Rüdigerstr. 92, 53179 Bonn

vertreten durch Matthias Walbröl
- nachstehend „Einrichtung“ genannt -

und

Frau/ Herrn _____

Angehörige oder Angehöriger von

Frau/Herrn _____
- nachstehend Bewohner/in genannt -

wird folgende Zusatzvereinbarung zu § 18 Abs. 1 des Heimvertrags vom
geschlossen:

- (1) Gemäß § 15 Abs. 1 Heimvertrag endet das Vertragsverhältnis mit dem Tod der Bewohnerin/des Bewohners.
- (2) Der Träger der Einrichtung hat das Recht, nach Vertragsende das Zimmer / den Platz neu zu belegen.
- (3) Sofern die persönlichen Sachen der Bewohnerin / des Bewohners erst nach dem Todestag der Bewohnerin / des Bewohners aus dem Zimmer abgeholt werden können oder sollen, trägt die / der hier unterzeichnende Angehörige die anfallenden Kosten in Höhe von 75 von Hundert der täglichen Heimkosten bis zum Tag der vollständigen Freigabe des Zimmers / des Platzes. § 15 Abs. 7 des Heimvertrages bleibt hiervon unberührt.

Bonn, den

(Angehörige / Angehöriger)

Anlage 10

Bewohner/in: *..

Einverständniserklärung zur Verwendung von Fotos mit Personen- **aufnahmen**

Hiermit willige ich in die Verwendung von Bildern meiner Person ein, die im Verlaufe von Festen und Veranstaltungen im DRK-Seniorenhaus Steinbach entstehen oder die durch einen von der DRK Nordrhein gGmbH beauftragten Fotografen erstellt wurden. Die Bilder dienen dazu, die Angebote, Hilfen oder Services des Seniorenhauses und/oder des Deutschen Roten Kreuzes im Bild darzustellen. Sie werben für diesen Zweck.

Im Einzelfall möchte das Seniorenhaus und/oder die DRK Nordrhein gGmbH und andere DRK-Gliederungen wie Bundes- oder Kreisverbände die Bilder bundesweit für werbliche Zwecke nutzen und für die Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Die Fotos sollen dazu wie folgt öffentlich gemacht werden:

- ☒ als Illustration auf Internetseiten des Deutschen Roten Kreuzes,
- ☒ in Broschüren, Faltblättern oder Postern des DRK,
- ☒ auf Werbeflächen oder in Zeitungsanzeigen des DRK und seiner Gliederungen.

Im Bedarfsfall den entsprechenden Passus streichen!

Ich stimme der zeitlich unbegrenzten Verwendung dieser Personenaufnahmen für die oben genannten Zwecke ohne weitere Genehmigung zu. Die Rechteeinräumung an den Personenaufnahmen erfolgt ohne Vergütung und umfasst auch das Recht zur elektronischen Bearbeitung und Speicherung.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 11

Selbstverpflichtung der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen für internes und externes Beschwerdemanagement in Einrichtungen und Diensten der Pflege, Alten- und Behindertenarbeit

1. Beschwerden von Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. Patientinnen und Patienten sowie Klientinnen und Klienten in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen (insbesondere in Pflegeeinrichtungen der stationären, teilstationären und häuslichen Pflege) sind selbstverständlicher Baustein der systematischen Qualitätssicherung. Das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements wird deshalb von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Trägern als Chance zur Weiterentwicklung einer menschengerechten fachlichen Arbeit verstanden.
2. In den Einrichtungen und Diensten können Beschwerden jederzeit vorgebracht werden, in jedem Fall zu den üblichen Geschäftszeiten.

Die Träger und Einrichtungen sorgen dafür, dass die Beschwerden unverzüglich dokumentiert und einer für die Einrichtung zuständigen Person oder Beschwerdestelle unterbreitet werden.

Den Beschwerdeführenden muss deutlich sein, dass Vorfälle konkret benannt werden müssen, damit eine sachgerechte Bearbeitung der Beschwerde möglich ist.

Jeder Träger wird Grundsätze eines solchen „internen Beschwerdemanagements“ festlegen und diese in geeigneter Weise bekannt machen.

3. Jede Einrichtung teilt ihren Vertragspartnerinnen und Vertragspartnern Anschriften und Telefonnummern interner und externer Stellen mit, wie z.B.
 - a) vom Träger beauftragte Person zur Entgegennahme von Beschwerden (interne Beschwerdestelle),
 - b) Heimbeirat,
 - c) Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege,
 - d) Heimaufsicht,
 - e) zuständige Kranken- und Pflegekasse, Sozialhilfeträger,
 - f) Verbraucherberatung.
4. Die 17 Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege verpflichten sich,
 - a) durch geeignete verbandliche Informations- und Fortbildungsveranstaltungen die Beschwerdekultur in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege auszubauen;
 - b) auf jede eingehende (mündlich oder schriftlich) erhobene Beschwerde binnen 7 Tagen zu reagieren. Soweit erforderlich, werden die Spitzenverbände im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben beraten, vermitteln und in streitigen Fällen moderieren, soweit das gewünscht wird.
5. In den Musterverträgen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wird den Klienten der Freien Wohlfahrtspflege ein Rechtsanspruch auf Einhaltung dieser Selbstverpflichtung eingeräumt.

22.02.2001/12.02.2008/1012.2013

Anlage 12

Bewohner/in: *..

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben gem. § 312g BGB das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

DRK-Nordrhein gGmbH

Seniorenhaus Steinbach

Rüdigerstr. 92

53179 Bonn

Tel.: 0228 – 3698 -0

Telefax: 0228 – 3698 – 177

eMail: info@drk-seniorenhaus-steinbach.de

mittels einer schriftlichen Erklärung über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular (Anlage 12 zu diesem Vertrag) verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Leistung zu zahlen. Grundlage für die Berechnung des Wertersatzes sind die vertraglich vereinbarten Entgelte.

Erklärung

Ich habe die Belehrung über das Widerrufsrecht zur Kenntnis genommen.

☐ **Nach erfolgter Belehrung über die Voraussetzungen des Widerrufsrechts fordere ich von der Einrichtung, die Leistungen sofort und damit vor Ablauf der Widerrufsfrist zu erbringen.** ¹

Datum

.....

Leistungsnehmer/in bzw. gesetzliche/r Vertreter/in / Bevollmächtigte/r

¹ Zwingend erforderlich, wenn vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Erbringung der Leistungen begonnen wird

Anlage 13

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück per Post oder Fax oder schreiben uns eine E-Mail)

An

DRK-Nordrhein gGmbH

Seniorenhaus Steinbach

Rüdigerstr. 92

53179 Bonn

Tel.: 0228 – 3698 -0

Telefax: 0228 – 3698 – 177

eMail: info@drk-seniorenhaus-steinbach.de

Hiermit widerrufe ich den von mir mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag vom _____.

Name des/der Leistungsnehmer/in _____

Anschrift _____

Datum

Unterschrift